

66. Sitzung

22. März 2011, 10.00 Uhr (Art. 1166-1182)

Vorsitzender: Patricia Schreiber-Rebmann, Wegenstetten
Protokollführung: Adrian Schmid, Ratssekretär
Präsenz: Anwesend 133 Mitglieder
Abwesend mit Entschuldigung 7 Mitglieder
Entschuldigt abwesend: Astrid Andermatt, Lengnau; Dr. Marcel Guignard, Aarau; Martin Lerch, Rothrist; Ernst Moser, Würenlos; Adrian Schoch, Fislisbach; Christian Sprenger, Lenzburg; Herbert Strebel, Muri

Behandelte Traktanden	Seite
1166 Mitteilungen	3
1167 Neueingänge	3
1168 Motion der GLP-Fraktion vom 22. März 2011 betreffend Berücksichtigung der aktuellen Geschehnisse in Japan bei der zweiten Beratung des Energiegesetzes; Einreichung und schriftliche Begründung	3
1169 Motion Martin Christen, SP, Turgi, vom 22. März 2011 betreffend Erlass eines Mediengesetzes gemäss § 37 KV; Einreichung und schriftliche Begründung	4
1170 Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. März 2011 betreffend Unterstützung des Kantons Aargau für die sofortige Abschaltung des AKW Fessenheim; Einreichung und schriftliche Begründung	5
1171 Postulat Samuel Schmid, parteilos, Biberstein (Sprecher), Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg, SVP, Windisch, und Gregor Biffiger, SVP, Berikon, vom 22. März 2011 betreffend Stärkung der Eigenverantwortung für erdbebengerechtes Bauen; Einreichung und schriftliche Begründung	6
1172 Interpellation der Fraktion der Grünen vom 22. März 2011 betreffend Hilfeleistungen für die Strahlenopfer in Japan; Einreichung und schriftliche Begründung	7
1173 Interpellation der SP-Fraktion vom 22. März 2011 betreffend Einführung eines Studienprogramms für erfahrene Berufspersonen zur Bekämpfung des Lehrpersonenmangels; Einreichung und schriftliche Begründung	8
1174 Interpellation Manfred Dubach, SP, Zofingen, vom 22. März 2011 betreffend Übertritt an die Gymnasien; Einreichung und schriftliche Begründung	9
1175 Interpellation Samuel Schmid, parteilos, Biberstein (Sprecher), Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg, SVP, Windisch, und Gregor Biffiger, SVP, Berikon, vom 22. März 2011 betreffend Erbebensicherheit im Kanton Aargau; Einreichung und schriftliche Begründung	10

angehören, hat demgegenüber nur eine Deckung von zwei Milliarden Franken. Welche Strategie verfolgt der Kanton Aargau diesbezüglich? (Verstärkung des "Erdbebenpools" oder obligatorische Erdbebenversicherung nach dem Beispiel des Kantons Zürich oder Begnügen mit einer ungenügenden Deckung für die Hauseigentümer?)

1176 Interpellation Beat Unternährer, SVP, Unterentfelden, vom 22. März 2011 betreffend Entwicklung der Studierendenzahlen am Fachhochschul-Standort Brugg-Windisch; Einreichung und schriftliche Begründung

Von Beat Unternährer, SVP, Unterentfelden, wird folgende Interpellation eingereicht:

Text und Begründung:

Die Abstimmung über den Kauf des Fachhochschul-Campus in Brugg-Windisch für rund 190 Millionen Franken war eine überaus klare Sache: 135 615 gegen lediglich 31 295 Stimmen, das entspricht einem Ja-Stimmen-Anteil von stolzen 81 Prozent. Das Aargauer Volk hat sich also deutlich nicht nur für den Kauf, sondern auch für den Standort Brugg-Windisch entschieden.

Mit dem geplanten Bau des Campus in Brugg sind im Kanton Aargau die Weichen auf Wachstum im Fachhochschulbereich gestellt. Neben der rund 40 %igen Beteiligung an den Gesamtkosten der FHNW muss der Kanton aufgrund von Konkordaten auch für Fachhochschulstudenten aufkommen, die ausserhalb der Fachhochschule Nordwestschweiz studieren. Die Frage stellt sich also, ob wir alles tun, um die "Marke" Brugg-Windisch zu pflegen und die Studierenden im Aargau zu halten.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Wie hoch ist die Wachstumsrate der Studierendenzahlen an den verschiedenen Standorten der Fachhochschule für Wirtschaft, der Fachhochschule für Technik und der Pädagogischen Fachhochschule 2004–2010?
2. Wie sind die Vergleichszahlen der Nachfrageentwicklung, insbesondere mit den Nachbarkantonen Zürich und Luzern?
3. Inwiefern ist die Nachfrageentwicklung ein Spiegelbild der qualitativen Einschätzung des Studienangebotes durch die potentiell Studierenden?
4. Wie lassen sich die Kosten für ausserkantonale Studierende reduzieren?
5. Sieht der Regierungsrat aus den vorermittelten Zahlen einen konkreten Handlungsbedarf?

1177 Antrag auf Direktbeschluss der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen (Sprecher) Martin Christen, SP, und Hansjörg Wittwer, Grüne) vom 15. März 2011 betreffend Standesinitiative "Ausstieg aus der Atomenergie"; Ablehnung

(vgl. Art. 1113)

Wittwer Hansjörg, Grüne, Aarau: Es ist Zeit für eine konsequente Energierevolution. Das habe ich schon im Eintretensvotum zur Revision des Energiegesetzes gefordert. Die Zeit ist gekommen für neue Brückentechnologien auf der Basis der erneuerbaren Energien und kurzfristig vielleicht auf der Basis von Erdgas. Die komplexe Hochrisikotechnologie mit den Atomkraftwerken darf diese Rolle nicht mehr spielen.

Beat Flach hat vor einer Woche hier im Rat den "Plan Wahlen" oder die Anbauschlacht der Schweiz während der Kriegsjahre zitiert. Ich nehme seinen Hinweis ernst. Führen wir eine Anbauschlacht für erneuerbare Energieträger durch, wenn Sie wollen, den "Plan Flach". Pflanzen wir möglichst viele kleine und grosse Solarkraftwerke, Windenergieanlagen, geothermische Kraftwerke und optimieren wir unsere Flusskraftwerke. Optimieren wir auch unser Netz mit Smart Grid/ Smart Metering und stoppen wir die unendliche Verschwendung der elektrischen Energie. Stoppen wir den Export von teurem für uns kurzfristig gewinnbringendem "Naturstrom" nach Italien und den Import von billigem Atomstrom aus Frankreich.

Mit der Einreichung dieser Standesinitiative wollen wir dem Willen nach einem geordneten Rückzug aus der Atomenergie Ausdruck geben. Ein geordneter Rückzug wird Jahrzehnte brauchen, ist deswegen aber keine Utopie. Der Bundesrat hat zum Beispiel jetzt schon das atomfreie Szenario IV in der Schublade. Dazu gibt es diverse wissenschaftliche Studien. Die tragischen Ereignisse im Atomkraftwerk Fukushima zeigen es erneut und in aller Tragik auf: Die Nutzung der Atomenergie ist eine gefährliche Hochrisikotechnologie, die nicht nachhaltig ist.

Viele von uns haben ziemlich lange die Gefahren der Atomkraftwerke verharmlost: Naturereignisse, die Möglichkeit terroristischer Angriffe und die ungeklärte Endlagerproblematik. Die Energie- und Umweltdebatte hat zudem die politische Schweiz zwischen sogenannten Links und Rechts gespalten. Das Strahlenproblem wurde bewusst bagatellisiert und die Atomenergie-Lobby hantiert mit dem in diesem Fall absurden Begriff "Restrisiko". Clevere Investoren werden zukünftig aber immer weniger in diese Hochrisikotechnologie zu investieren gewillt sein. Denn deren Akzeptanz ist derart am Sinken und spaltet unsere Gesellschaft sprichwörtlich im Kern, dass sie langfristig für einen demokratischen Staat keinen Sinn machen kann.

Die furchtbaren Ereignisse in Japan sollten nun endgültig dazu führen, alles für

einen neuen Energiekonsens in der Schweiz zu tun. Was wir brauchen ist eine grösstmögliche Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit, die möglichst hohe Klimaverträglichkeit und Sicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und schlussendlich die Akzeptanz bei der Bevölkerung.

Es geht wie gesagt um eine Revolution bei Energieeffizienz, erneuerbaren Energien, dem Ausbau der Netze - vor allem intelligenter Netze - und technologischer Speicherfähigkeit. Es ist uns bewusst, dass das nicht von heute auf morgen geht. Angesichts der Sicherheitsstandards der neueren AKW wie Gösgen und Leibstadt ist für diese eine begrenzte Laufzeit noch am ehesten vertretbar. Reichen die grössten Anstrengungen im Blick auf "grüne Technologien" aber nicht aus, brauchen wir allenfalls als Zwischenlösung den Einsatz von Erdgas als Brückentechnologie. Die Gastechologie ist bekannt, beherrschbar und risikoarm. Damit ist sie das ideale Rückgrat für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die modernen Gaskraftwerke können sich sehr schnell und flexibel an die Leistungsausschläge, etwa von Wind- und Solarenergieträgern, anpassen. Ihr einziger Nachteil ist wie bei den Atomkraftwerken: keine "reine Weste" bei der CO₂-Bilanz.

Der Kanton Aargau als Standort für drei Atomkraftwerke ist mehr als legitimiert für eine Standesinitiative; die Ereignisse in Fukushima fordern ein Nach- und Umdenken, jetzt!

In Kurzform und zusammengefasst nochmals die Gründe, weshalb ich Sie bitte, dem Antrag auf Direktbeschluss zuzustimmen: Wir fordern mit dieser Standesinitiative ein Energiekonzept, das auf den Säulenausbau der erneuerbaren Energien, Effizienz, Netzausbau und Versorgungssicherheit ruht. Schlussendlich sollten wir es uns als eines der ertragskräftigsten Länder der Welt schlichtweg leisten, nur in beste Technologie, nicht aber in Hochrisikotechnologie wie Atomkraftwerke, zu investieren. Mir und meiner Familie ist es als Aarauer Einwohner und Einwohnerinnen sehr, sehr zuwider, vielleicht eines Tages vor der Tatsache einer überstürzten und endgültigen Flucht infolge eines Atomunfalls stehen zu müssen. Als betroffene Aarauer und Aarauerinnen sind wir am Rande der 20 Kilometer-Radien von Beznau und Leibstadt und sogar weniger als 10 Kilometer vom Gösger Atomkraftwerk entfernt. Wir stehen hier - Sie sehen die drei Kreise - mitten in Aarau. Der Grosse Rat ist höchst gefährdet, würde ich sagen.

Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag auf Direktbeschluss zu.

Flach Beat, GLP, Auenstein: Die GLP-Fraktion wird dieser Standesinitiative zu-

stimmen. Denn es ist notwendig, nun mit Nachdruck das Zeitalter der nachhaltigen Energiepolitik einzuleiten. Wir unterstützen diesen Vorstoss, obwohl das Instrument der Standesinitiative vielleicht nicht genau das geeignete Instrument dazu ist. Der Ausstieg aus der Atomenergie muss geplant, aber jetzt angegangen werden. Es ist nicht eine Frage der Machbarkeit, sondern des Willens, den Ausstieg jetzt zu vollziehen und vorzubereiten. Wir müssen damit aufhören, die Folgen unserer nicht nachhaltigen Wertschöpfung an die nachfolgende Generation zu delegieren oder uns selbst etwas vorzumachen, was die Beherrschbarkeit der grossen Risiken anbelangt. Daneben können wir mit dem Ausstieg aus dem "Klumpen-Risiko" der Atomenergie gleichzeitig der Wirtschaft ungeahnte Möglichkeiten schaffen. Denn im Bereich der Energieeffizienz, im Rahmen des Energiesparens, bei der Schaffung einer echten dezentralen Energiegewinnung und -verteilung ist eine nachhaltige Wertschöpfung möglich, die viele saubere und dann eben auch noch gut bezahlte Arbeitsplätze schafft. Gerade der Kanton Aargau, der sich als Energiekanton sieht, darf sich diese Chance nicht entgehen lassen. Dazu müssen wir aber jetzt vorwärts gehen. Wenn wir auf den "alten Bahnen" verharren, werden wir den Anschluss schlicht und ergreifend verpassen. Die Wirtschaft kann schneller reagieren, sie hat das gelernt, in einem globalen Markt voranzugehen und zu agieren. Die Zeit, die sie dazu braucht, verschaffen wir ihr ohnehin. Das Ausstiegsszenario, so wie wir das fordern, muss klar geplant und in den Folgen für die Wirtschaft absehbar sein. Die Förderung und die Unterstützung nachhaltiger Energiegewinnung müssen Hand in Hand mit dem Aufbau der notwendigen Versorgungsnetze gehen. Es wird sich zeigen, dass dieses Vorgehen nicht nur umweltpolitisch und ethisch, sondern vor allen Dingen auch wirtschaftspolitisch für uns alle von grossem Vorteil sein wird. Wenn wir den Wechsel vollbracht haben, werden wir nach wie vor noch über Tausende von Jahren für die Nachsorge in der Pflicht stehen, unsere nuklearen Abfälle irgendwie aufzubewahren.

Allerdings halten wir daran fest, dass jede Nation, die es ihren Nachfahren hiermit aufbürdet, radioaktive Abfälle zu erben, diese auch im eigenen Lande dann entsorgt und verwahrt. Es darf nicht sein, dass eine Endlager-Lösung irgendwo im Ausland angestrebt wird. Der Wechsel ist nicht nur möglich, sondern für unsere Kinder und für unsere Kindeskinde notwendig. Wir müssen jetzt mit Mut vorgehen und etwas unternehmen, statt etwas zu unterlassen. Wären unsere Vorväter in unseren Gedanken stillgestanden, wären wir heute nicht da, wo wir

jetzt sind.

Ich bitte Sie, unterstützen Sie diesen Auftrag. Denken Sie an unsere Kinder und Kindeskinde.

Biffiger Gregor, SVP, Berikon: Als Schwager einer Japanerin fällt es mir besonders leicht zu sagen: Unser Herz und unsere Gedanken sind bei unseren Brüdern und Schwestern in Japan. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor bestürzt über das unermessliche Leid, welches das schwere Erdbeben, der nachfolgende Tsunami und die Kernkraftwerkkatastrophe über die japanische Bevölkerung gebracht haben.

Bei der Inspektion des havarierten Kernkraftwerks Fukushima hat es offenbar massive Unregelmässigkeiten gegeben. Das geht aus einem Bericht der japanischen Atomsicherheitsbehörde hervor, der neun Tage vor dem verheerenden Erdbeben und dem anschliessenden Tsunami veröffentlicht wurde. Demnach liess KKW-Betreiber Tepco 33 Teile der Anlage nicht inspizieren, darunter hätten sich Notstromgeneratoren, Pumpen und andere Teile des Kühlsystems befunden, die dann vom Tsunami beschädigt wurden und deren Ausfall zu den massiven Problemen im Kernkraftwerk führten.

Schon vor der jüngsten Katastrophe hat es immer wieder Kritik an Tepco wegen nachlässiger Wartung von Kernkraftwerken gegeben. Die mit den Ereignissen zusammenhängende Situation im Kernkraftwerk Fukushima kann heute nicht abschliessend beurteilt werden. Deshalb ist es noch zu früh, daraus konkrete Massnahmen für die Erhöhung der Sicherheit unserer Kernkraftwerke, die 40 Prozent unseres Stromes liefern, abzuleiten. Es ist selbstverständlich, dass allfällige Erkenntnisse aus den Ereignissen in Japan laufend ausgewertet werden müssen, um die Sicherheit der Kernkraftwerke in der Schweiz auf dem höchst möglichen Stand zu halten.

Es muss jedoch festgehalten werden, dass sich die eingetretene Situation in Japan mit einem Erdbeben dieser Stärke und nachfolgendem Tsunami in der Schweiz in dieser extremen Form nicht ereignen kann. Ebenso klar ist, dass allfällige Schwachstellen der eigenen Kernkraftwerke schonungslos aufgedeckt und erforderliche Korrekturmassnahmen umgehend eingeleitet werden müssen. Kernenergie verzeiht keine Fehlbeurteilungen, keine Nachlässigkeiten und erst recht keine Schlampereien.

Die Ereignisse im japanischen Kernkraftwerk Fukushima haben innenpolitisch zu einer veritablen Kakophonie geführt. Zahlreiche Politiker aus fast allen Parteien

überbieten sich derzeit mit Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie. Darunter sind auch Verwaltungsräte von Energieunternehmen und andere Atomlobbyisten, die man mit gutem Grund als Opportunisten, Wendehälse und Politmarionetten bezeichnen darf. Kaum jemand stellt indes neben der Frage der technischen Sicherheit die ebenfalls wichtigen Fragen nach der Versorgungssicherheit und den künftigen Energiekosten, obwohl für die Bevölkerung und die Wirtschaft diese Fragen letztlich von entscheidender Bedeutung sein dürften. Die SVP ist sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung für das Land bewusst und mahnt deshalb zur Besonnenheit. Das aktuelle Angebot an Ideen für den Ersatz von Kernkraftwerken in der Schweiz ist schier grenzenlos: ältere Kernkraftwerke sofort abschalten, Wasserkraft ausbauen, den Widerstand gegen Windkraftwerke aufgeben, neue erneuerbare Energien massiv fördern, Solarpanels auf jedes Dach, die gesetzlichen Grundlagen für den Bau von Gaskraftwerken anpassen und ein neues Kernkraftwerk bauen, dafür alle alten abschalten. Fast alle Parteien sind nun von kurzfristigem Aktivismus als Folge der Ereignisse von Japan getrieben. Kaum jemand behält einen kühlen Kopf. Dass die Strombranche in dieser Frage eine mehr oder weniger indifferente Haltung einnimmt, überrascht nicht weiter. Sie kann es letztlich der Politik überlassen zu entscheiden, woher der Strom in Zukunft kommen soll. Der Markt sichert auch bei höheren Stromkosten entsprechende Erträge.

Alle laufenden Diskussionen blenden zwei zentrale Faktoren aus: Zum einen sind die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft auf genügend Strom angewiesen. Zum anderen muss dieser Strom auch in Zukunft bezahlbar sein und darf nicht zum Luxusgut für Reiche werden. Dass dies nicht selbstverständlich ist, ergibt sich schon aus dem komplexen Versorgungssystem, das wir in der Schweiz haben. Die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit der einzelnen Träger des Strommix ist bereits heute weitgehend ausgeschöpft. Die Ausbaumöglichkeiten der Wasserkraft sind beschränkt und werden zurzeit durch restriktive Forderungen aus dem links-grünen Lager blockiert. Zusätzliche Stromimporte werden immer unrealistischer, da auch andere Länder einen steigenden Strombedarf aufweisen und neue Kapazitäten erschliessen müssen. Importe brauchen zudem entsprechende Leitungsnetze, stammen häufig selbst aus nuklearer Produktion der Nachbarländer und werden in der Tendenz auf dem internationalen Markt immer teurer. Erneuerbare Energien werden erst in einigen Jahrzehnten bezahlbaren Strom in grösserer Menge zur Energieversorgung beisteuern können. Gas

schliesslich kommt häufig aus Ländern mit instabilen politischen Perspektiven. Die Versorgungssicherheit ist damit also nicht gewährleistet. Es kommt hinzu, dass die zunehmende Ausrichtung der Energiepolitik auf die Klimafrage zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Strom als Ersatz für fossile Energieträger führt. Auch hier existiert also ein offensichtlicher Zielkonflikt.

Wer sich von der Kernenergie verabschieden will, muss konsequenterweise auch die Diskussion über Klimamassnahmen im Inland auf Eis legen. Die gleichen Kreise, welche jetzt vehement und unverzüglich aus der Kernenergie aussteigen möchten, propagieren die radikalsten CO₂-Reduktionen. Die ambitionösen Ziele sind ohne die CO₂-freie Kernenergieproduktion nicht zu erreichen, schon gar nicht vor dem Hintergrund fossiler Grosskraftwerke als Ersatz für die bestehenden Kernkraftwerke.

Bei fast allen Alternativen zur Kernenergie stellen sich letztlich ebenfalls Fragen zur technischen Sicherheit. Ein Strommix ohne Risiken wird es wohl nie geben. Die Folgen einer Verknappung von Strom und einer Erhöhung der Preise wären gravierend. Die produzierende Industrie ist auf kostengünstige Energie angewiesen, ansonsten ist die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gegeben. Ironischerweise wäre die erste Industrie, die von weiter steigenden Strompreisen betroffen wäre, die energieintensive Recycling-Industrie in der Schweiz. Sekundärrohstoffe würden also in Zukunft vollumfänglich exportiert und nicht mehr in der Schweiz verarbeitet. Bezüglich Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit wäre dies ein weiteres fatales Eigentor. Auch für alle anderen Branchen wären die Folgen schwerwiegend. Der zunehmende Stromhunger in der Schweiz ist nicht zuletzt auch eine Folge der massiven Zuwanderung der letzten Jahre. Der öffentliche Verkehr, die Infrastruktur im Dienstleistungsbereich und viele andere Anwendungen sind auf grosse Mengen von Strom angewiesen. Davon hängen letztlich Hunderttausende von Arbeitsplätzen ab. Aber auch im privaten Bereich wären die Folgen einer mangelnden Verfügbarkeit und einer weiteren Verteuerung von Strom dramatisch. Einschränkungen im täglichen Leben, die Gefahr von Stromausfällen und eine massive Verteuerung der Lebenshaltungskosten wären die Konsequenz. Welcher Politiker wird dafür die Verantwortung tragen? Einerseits werden in der Schweiz Jahr für Jahr mehr Strom verbraucht. Andererseits ist in den nächsten Jahren ein Rückgang der Stromproduktion und -beschaffung zu erwarten. Ab 2020 gehen die Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg altershalber vom Netz und ab 2017 laufen die Stromimportverträge mit Frankreich kontinuierlich aus. Die Schweiz bezieht heute rund 33 Prozent ihrer Kernenergie aus fran-

zösischen Kernkraftwerken. Anders gesagt: In Frankreich produzieren vier Kernkraftwerke der Grösse des Kernkraftwerks Mühleberg für die Schweiz Strom. Ob dies auch in Zukunft so bleibt und ob Frankreich und die EU bereit sein werden, die Stromlieferverträge mit der Schweiz zu verlängern, ist ungewiss. Wo mehr verbraucht, als produziert wird, drohen Versorgungslücken. Für Strom gilt das ganz besonders: Weil er nur in kleinen Mengen gespeichert werden kann, muss rund um die Uhr genau gleich viel Strom produziert werden, wie gerade verbraucht wird.

Bereits im Laufe des nächsten Jahrzehnts ist mit den ersten Engpässen bei der Stromversorgung zu rechnen. Schon heute ist die Schweiz in den Wintermonaten auf Stromimporte angewiesen. Tun wir nichts, fehlen uns bis ins Jahr 2035 bis zu 30 Terawattstunden Strom. Das ist ungefähr die zehnfache Produktion des heutigen Kernkraftwerks Mühleberg. Könnte man die Stromlücke nicht einfach durch zusätzliche Stromimporte decken? Theoretisch ist das möglich.

Doch erstens muss nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa mit Engpässen bei der Stromversorgung rechnen. Überall steigt der Verbrauch und ältere Kraftwerke gehen vom Netz, ohne dass rechtzeitig Ersatz bereit stehen wird. Zweitens würde eine Erhöhung der Importe auch eine Erhöhung der Strompreise bewirken.

Drittens sind die grenzüberschreitenden Stromnetze zum Teil bereits heute stark ausgelastet. Viertens müsste sich die Schweiz fragen, ob es wirklich klug ist, bei der Stromversorgung vom Ausland abhängig zu sein.

Alle jene, die nun einen Ausstieg aus der Kernenergie fordern, müssen auf die skizzierten Fragestellungen realistische Antworten liefern. Bisher blieb der Tatbeweis aus.

Die SVP hält sich auch künftig an einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der schweizerischen Energiepolitik fest. Dabei spielen sichere Technologien, Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und bezahlbarer Strom eine gleichwertige Rolle. Für die SVP ist deshalb klar, dass es nun ein seriöses Abwägen einzelner Handlungsoptionen braucht. Einseitige Schnellschüsse mit gravierenden Folgeschäden für unser Land, die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort sind das letzte, was wir brauchen. Mehr Besonnenheit in der politischen Debatte wäre hingegen wünschenswert. Auch etwas mehr Mut zur Unpopularität täte Not. Dieser Mut zur Unpopularität unterscheidet den Staatsmann vom Politiker.

Die SVP-Fraktion will keinen überhasteten Kernkraft-Ausstieg, sondern eine

wohlüberlegte, langfristige Strategie, welche eine wirtschaftliche Versorgungssicherheit garantiert und nicht auf dem Prinzip Hoffnung beruht. Unsere mittelfristige Energiezukunft ist nicht geklärt, denn 40 Prozent des gesamten Stromkonsums eines Landes substituiert man nicht von heute auf morgen.

Wir bitten Sie, der einstimmigen SVP-Fraktion zu folgen und den Antrag auf Direktbeschluss der Standesinitiative abzulehnen.

Christen Martin, SP, Turgi: Robert Jungk ist einigen von Ihnen vielleicht noch ein Begriff. In seinem Bestseller "Der Atomstaat, Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit" aus dem Jahre 1977 schildert er die negativen Seiten und den lebensfeindlichen Charakter dieser Technologie. Er listet die damit verbundenen Sachzwänge und Bedrohungen auf, die wir den späteren Generationen aufzwingen. Er fordert den Ausstieg aus dieser von Grosskonzernen dominierten Art der Energieproduktion und verlangt mit der Nutzung alternativer Energieformen den Übergang zu einem sanften Weg. Heute, 34 Jahre später, nach mehreren schweren AKW-Unfällen, die nach Berechnungen der Atomindustrie nur alle paar zehntausend Jahre vorkommen dürften, sind wir noch keinen einzigen Schritt weiter. Die Macht der weltweiten Atomlobby und ihren Verbündeten in den Regierungen, in Wirtschaftskreisen und im Umfeld einflussreicher Politikerinnen und Politiker ist nahezu ungebrochen. Trotz Zehntausenden von Strahlenopfern als Folge der Tschernobyl-Katastrophe und trotz weltweiter Proteste ist der Ausstieg aus der Atomkraft nur in wenigen Staaten definitiv gelungen.

Hier in der Schweiz haben wir uns mit unseren fünf AKWs eine schwere Hypothek aufgebürdet, welche die gesamte Bevölkerung zwar mit unendlich viel Strom versorgt, die gleiche Bevölkerung jedoch ständig bedroht, gleichzeitig die Förderung ungefährlicher erneuerbarer Energieformen und damit unsere Energiezukunft massiv behindert und mit ihrem radioaktiven Abfall unsere kommenden Generationen für Tausende von Jahren belastet. Wir im Kanton Aargau, als der Atomkanton der Schweiz, tragen eine besondere Verantwortung. Deshalb dürfen und können wir nach Tschernobyl und nach der nuklearen Katastrophe in Japan nicht einfach so weiterfahren wie bis anhin.

Eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will den Ausstieg aus der Atomenergie so rasch wie möglich. Respektieren und akzeptieren Sie, meine Damen und Herren, diesen Wunsch. Die Aargauerinnen und Aargauer wollen in Sicherheit leben und nicht damit rechnen müssen, eines Tages verstrahlt, evaku-

iert und umgesiedelt zu werden und alles zu verlieren. Denn auch das finanzielle Risiko tragen - wie Sie alle wissen - wir, das Volk, und nicht etwa die Atomindustrie. Wir wollen, dass auch unsere Enkel und Urenkelinnen keine Angst vor schweren nuklearen sogenannten Pannen, Störfällen und Ereignissen haben müssen. Wir wollen keine radiaktive Verseuchung unserer Luft, unseres Wassers und unseres Bodens riskieren und wollen mit allen legalen Mitteln verhindern, dass eines Tages grosse Gebiete unseres Kantons, der Schweiz und des nahen Auslandes verstrahlt und für Jahrhunderte unbewohnbar werden könnten. Dieses Restrisiko ist uns eindeutig zu gross.

Wir alten Anti-AKW-Kämpferinnen und -Kämpfer, wie ich einer bin, haben die Lektion schon in den 70er-Jahren definitiv und ein für alle Mal gelernt. Wir warnen seither stets und eindringlich vor den gewaltigen und langfristigen Gefahren der Atomtechnologie. Wir warnen heute wieder und bitten Sie inständig, sich endlich von diesem falschen und zutiefst unmenschlichen Energiepfad abzuwenden und anders zu handeln als die Energielobby, die nur darauf wartet, dass wieder etwas Gras über den Fukushima-Störfall wächst und die dann zwei, drei Jahre später die alten AKW-Neubaupläne wieder auspackt, auflegt und mit gigantischem Werbeaufwand propagiert. 93'000 Tschernobyl-Tote sind für die AKW-Industrie offenbar noch nicht genug, denn sie haben immer Ausreden bereit. Auch unsere ältesten uralten AKWs sollen schon immer sicherer, besser gewartet und sowieso anders und niemals mit den Unglücksreaktoren zu vergleichen gewesen sein. Auch die sogenannten Ereignisse in Japan werden der AKW-Lobby noch lange nicht genügen. Auch wenn Zehntausende von Menschen zusätzlich an Krebs erkranken sollten. Das lässt diese Kreise kalt und unbeeindruckt. Denn schliesslich kann man ja einfach die Sicherheitsvorkehrungen den aus den Katastrophen neugewonnen Erkenntnissen anpassen. Nein, die Atomindustrie schreckt vor nichts zurück. Die wird erst vielleicht umdenken, wenn auch bei uns hier im Aargau, in Gösgen, in Mühleberg oder im nahen Ausland eine nukleare Katastrophe passiert, also erst dann, wenn es endgültig zu spät ist.

Meine Damen und Herren, noch ist es nicht zu spät. Wir leben zum Glück in einer Demokratie und nicht in einer Diktatur, in der ein totalitäres Regime rücksichtslos seine totalitären AKW-Ausbaupläne gegen das eigene Volk durchsetzt. Denken Sie, wie das der vorherige Sprecher gesagt hat, an Ihre Kinder, an Ihre Grosskinder und deren Kinder und Kindeskinde. Beschliessen Sie heute den Atomausstieg. Unsere nächsten Generationen werden Ihnen dafür sehr, sehr

dankbar sein.

Dr. Bialek Roland, EVP, Buchs: Heute scheint die Zeit der grossen Auslegeordnung in der Kernenergie zu sein. So wollen wir es auch versuchen: Wer heute über Kernenergie spricht, kommt nicht darum, über die Ereignisse in Japan zu sprechen. Wenn ich an Japan denke, dann bin ich auch zuerst einmal zutiefst erschrocken über das Leid, welches diesem Land zugekommen ist. Ich bin einverstanden, dass es zu früh ist, um über Konsequenzen aus dem Kernkraftwerk-Unfall in Japan zu diskutieren. Das Ereignis dauert noch an und wir wissen immer noch nicht, wie es ausgehen wird. Trotzdem steht die Kernenergie im Mittelpunkt der politischen Diskussion.

Die EVP Schweiz hat in ihrem Schwerpunkteprogramm der Kernenergie nur als eine Art Zwischenlösung Platz gegeben unter der Randbedingung, dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle, die Erhöhung der Haftungssumme und der Rückbau der stillgelegten Werke geregelt werden. Damit hat sie eine kritische, aber realistische Position gegenüber der Kernenergie eingenommen. Die EVP Aargau hat die Priorität ganz klar bei der Energieeffizienz und der Förderung der erneuerbaren Energien. Wir wollen auch heute realistisch bleiben. Nach dem Ereignis in Japan müssen wir davon ausgehen, dass Ersatzkernkraftwerke in naher Zukunft in der Schweiz beim Volk keine Zustimmung mehr finden. Wir brauchen also nicht mehr über Ersatzkernkraftwerke zu diskutieren.

Zwei Fragen sind zu beantworten: Was machen wir mit den heutigen Kernkraftwerken und wie gestalten wir unsere Energiezukunft ohne Kernenergie? Bei den fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas bleibt die grundsätzliche Problematik jedoch erhalten. Sie sind letztlich endlich. Es ist gut möglich, dass der Verbrauch durch einen Umstieg noch steigen wird. Eigentlich sind sie zu schade, um einfach verbrannt zu werden. Zudem besteht auch eine Klimaproblematik. Das heisst, wir müssen langfristig zwingend von Kohle, Gas und Öl wegkommen. Welche Strategie vertritt nun die EVP?

Erste Strategie: Wir müssen den Energieverbrauch verringern. Was nicht verbraucht wird, muss auch nicht produziert werden. Es geht um klassische Sparmassnahmen, aber auch um Verzicht. Es geht um den effizienten Einsatz von Energie, aber auch um die Minimierung von Energieverlusten. Letztendlich geht es um neue Lösungen und technische Innovationen. Mein Wunsch wäre ganz klar ein Umdenken. Es soll nicht mehr darum gehen, mit möglichst viel billiger Energie und billigen Rohstoffen eine möglichst grosse Menge von Produkten zu

produzieren, die oft gar nicht gebraucht werden. Es soll in Zukunft vielmehr darum gehen, mit möglichst effizientem Einsatz von Energie und Rohstoffen mit fairen Preisen, Produkte in möglichst guter Qualität zu produzieren, die wirklich benötigt werden.

Zweite Strategie: Wir müssen erneuerbare Energien fördern. Dies soll selbstverständlich, wo es noch möglich ist, in der Wasserkraft geschehen. Wir müssen aber grundsätzlich die ganze Palette erneuerbarer Energien fördern. Die Herausforderung für die Energieversorgung ist gross. Das müssen wir erkennen. Wahrscheinlich wird die Grosstechnologie nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss auch hier seine Verantwortung wahrnehmen. Er hat auch in der Kernenergie gute Rahmenbedingungen geschaffen. Er muss es nun auch hier machen, zum Beispiel mit kostendeckenden Einspeisevergütungen oder mit einer Verteuerung von nicht erneuerbaren Energien.

Wo stehen wir heute nach unserer Beurteilung? Wir müssen klar erkennen, dass es nicht mehr billige Energie geben wird. Neue einfache Lösungen wie ein Hinstellen eines Kernkraftwerkes wird es nicht mehr geben. Der Import von Energie zu beliebigen Zeiten wird es nicht mehr geben. Der Verteilungskampf um Energie wird härter werden. Bleiben wir realistisch: Es ist mit Energieengpässen zu rechnen. Aber bitte keine Panik, befürworten Sie jedoch eine deutliche und klare Richtungsänderung. Ich meine nicht, dass wir schon in der nächsten Woche sämtliche Kernkraftwerke abstellen müssen. Die Sicherheit ist aber ernsthaft zu überprüfen. Weiter sind daraus Konsequenzen zu ziehen: 1. Veraltete Kernkraftwerke sind nun mal abzuschalten. 2. Es ist aufzuzeigen, wie eine Zukunft ohne Kernenergie und mit eigener Versorgung auszusehen hat. Die Frage ist wohlverstanden nicht mehr, ob wir es wollen, sondern die Frage ist, wie wir es können. Das ist eine Herausforderung, vor allem wenn wir den Zeitfaktor anschauen. 3. Technische Anforderungen an unsere Netze und Infrastruktur sind aufzuzeigen - wir denken an die Netzschwankungen und die Problematik der Speicherung von Energie - und die Umsetzung von technischen Lösungen ist anzugehen. 4. Durch eine ökologische Steuerreform sind die richtigen steuerlichen Anreize zu setzen. Dies bedeutet Abgaben nach Energieverbrauch und die Lohnnebenkosten sind niedriger zu halten. Das ist ein grosser Umbau, der auch seine Zeit braucht. Aber er muss angegangen werden. Da ist vor allem der Bund angesprochen.

Meine Hoffnung ist, dass wir als kleines flexibles Land die Zeichen der Zeit erkennen und unsere Stärken nutzen. Das Land, welches sich der neuen Situation

am besten anpasst, wird gewinnen. Denken wir an das Sprichwort der Chinesen: "Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen wir Windmühlen oder Mauern."

Zum Antrag: Zu Punkt 1, "Alle AKWs sind möglichst schnell vom Netz zu nehmen.": Erstens haben wir hier ein sprachliches Problem. Im Jahre 1959 hat man so gesprochen. Damals gab es das Atomgesetz in der Schweiz. Das Atomgesetz gibt es nicht mehr. Heute gibt es ein Kernenergiegesetz und die AKWs heissen heute Kernkraftwerke. Wenn wir in der Sprache von 1959 sprechen, dann sind wir etwas veraltet. Wir müssten dann in unserem Gesetz viele Formulierungen rauswerfen, was ein grosses Anliegen der entsprechenden Leute war, die kurz vor mir gesprochen haben. Zweitens haben wir hier die Problematik "möglichst schnell". Aus welcher Sicht? Technisch möglichst schnell? Das ist nicht so ein Problem, da kann man wahrscheinlich gewisse Schalter ausstellen und dann kommt kein Strom mehr. - Wirtschaftlich möglichst schnell? Das ist schon etwas problematischer. Drittens steht hier "alle AKWs". Wir meinen, hier ist es eine Frage der Priorität. Es geht zuerst einmal um die alten Kernkraftwerke. Kernkraftwerke wie zum Beispiel Mühleberg. Aber wohlverstanden, wir haben ein altes Kernkraftwerk, das Kernkraftwerk Fessenheim in Frankreich kurz vor der Grenze. Da muss ich ehrlich sagen, da wäre es mir lieber, wenn man Fessenheim früher abstellen würde als zum Beispiel Leibstadt, dies rein aus Sicherheitsgründen. Man muss dort anfangen, wo die ältesten Kernkraftwerke sind.

Zu Punkt 2, "Die Schweiz verzichtet auf den Bau neuer Atomkraftwerke.": Das ist Fakt. Wir können feststellen, dass es so ist.

Zu Punkt 3, "Die Schweiz fördert ab sofort sämtliche Möglichkeiten zur nachhaltigen, erneuerbaren Energiegewinnung, zur Energieeffizienz und zum Energiesparen.": Unsere Antwort: Es bleibt uns nichts anderes übrig. Also können wir diesem Punkt auch zustimmen.

Zu Punkt 4: Ich denke, da müssen wir nach Lösungen suchen.

Kurz und gut, wir sind nicht mit allen Punkten dieses Antrages einverstanden. Dies betrifft vor allem den Punkt 1, der noch viel klarer interpretiert werden müsste. Wir können dem Antrag aber trotzdem in dem Sinne zustimmen, dass es eine geordnete Plattform gibt, sodass die Kommission ihre Diskussion führen kann. Es wird auch erwartet, dass sich der Kanton Aargau hier zu einer Stellung durchringt.

Stimmen wir diesem Antrag auf Direktbeschluss mit der Vorstellung zu, dass die Kommission entsprechende Korrekturen anbringt. Unsere grosse Bitte: Lasst uns nicht jeden Dienstag eine Kernenergie-Diskussion führen! Denn das Anliegen

wäre mit der Überweisung dieses Antrages klar positioniert. So können wir auf die Antwort der Kommission warten. Ich bitte Sie, den Antrag zu überweisen.

Voser Peter, CVP, Killwangen: Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag der SP und der Grünen klar und deutlich ab. Für uns ist die Sicherheit der bestehenden Kernanlagen das Wichtigste. Alle Betreiber der laufenden Anlagen haben dem Thema Sicherheit einen hohen Stellenwert gegeben. Dies ist nachweisbar, denn in alle Anlagen wurden laufend und über Jahre hinweg sehr grosse Beträge investiert, um die Sicherheit zu verbessern. Immer wieder sind neue Erkenntnisse eingeflossen und haben der Technik, den Abläufen, der Effizienz und der Sicherheit zu Verbesserungen verholfen.

Mit den schlimmen Ereignissen in Japan sind nun möglicherweise neue Faktoren aufgetaucht. Die Heftigkeit des Erdbebens zusammen mit dem Tsunami haben alle dortigen Szenarien über den Haufen geworfen. Was genau passiert ist und wie die Abwicklung der Sicherheit gewährleistet wurde, wird nun ins letzte Detail geklärt. Wenn wir diese Daten haben, ist es nötig, daraus die richtigen Schlüsse und Konsequenzen zu ziehen. Der Bund hat mit der Sistierung der neuen Gesuche und der Überprüfung der bestehenden Anlagen richtig entschieden. Wir unterstützen diese Vorgehensweise.

Der Antrag zum raschmöglichsten Ausstieg aus der Kernenergie ist unbedacht und unpräzise, vor allem deshalb, weil keine realistischen Alternativen aufgezeigt werden und vor allem aber auch, weil sie blindlings gefordert werden, ohne davor Abklärungen getroffen zu haben, was das bedeuten würde. Rund 40 Prozent der gesamten Stromproduktion zu ersetzen, ist hochstehend und technisch schwierig. Das wissen wir alle. Auch andere Lösungen haben ihren Preis, im wörtlichen und vor allem auch im übertragenen Sinn. Die CVP-Fraktion will nach wie vor nicht auf Gaskombikraftwerke umschwenken, denn für uns sind auch die Klimaziele wichtig. Diese wollen wir - wenn immer möglich - einhalten. Wenn ich einen Vergleich von ähnlicher Bedeutung suche, wie sie hier mit dem Ausstieg aus der Kernenergie gefordert wird, dann könnte es eine Möglichkeit sein, den öffentlichen Verkehr zu verbieten und dies ohne davor auch nur die kleinsten Abklärungen zu treffen, was das für Mensch und Wirtschaft bedeuten würde. Das kann doch nicht der richtige Weg sein.

Ich bin immer davon ausgegangen, dass die SP aufgrund von überprüften Fakten entscheidet. Mit dieser vorschnellen Forderung beweist sie aber das Gegen-

teil. Wir sind auch für erneuerbare Energiequellen, doch damit 40 Prozent der gesamten Stromproduktion über Nacht zu erreichen, ist definitiv eine Utopie und gehört wohl in die Rubrik der Träumereien.

Vor 50 bis 70 Jahren war die Reise mit einem Flugzeug deutlich gefährlicher als heute. Die Technik hat massive Fortschritte gemacht. Nach jedem Unfall wurde akribisch untersucht, was vorgefallen ist. Die Erkenntnisse werden immer in die Sicherheit der neuen Flugzeuge eingebaut. Heute ist das Fliegen eine der sichersten Reisemöglichkeiten. Bis vor letzter Woche war für uns die Kernenergie eine gute und im Vergleich zu anderen Lösungen auch insgesamt sehr vorteilhafte Quelle, Strom produzieren zu können. Jetzt müssen wir die Vorfälle sachlich analysieren. Anschliessend können wir ohne Spekulation über die Sicherheit von Kernkraftwerken diskutieren und die Zukunft weiter planen.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Dr. Scholl Bernhard, FDP, Möhlin: Japan wurde von einer unvorstellbaren Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe erschüttert. Ein Erdbeben der Stärke 9 wurde vorher in Japan noch nie gemessen. Der darauffolgende Tsunami gehörte zu den schlimmsten, wenn auch nicht zum Allerschlimmsten in der Geschichte Japans. Wie wenn das noch nicht genug wäre, hat sich noch ein dramatisches Unglück in einem Kernkraftwerk ereignet. Wir diskutieren heute die möglichen Folgen dieses Unglücks. Die FDP Aargau nimmt das riesige Unglück, das mehrere unkontrollierbare Naturkatastrophen kumulierte, sehr ernst. Es führt uns vor Augen, dass es weiterhin höchster Anstrengungen bedarf, um die Sicherheit von Mensch und Umwelt bestmöglichst zu garantieren. Es muss einmal mehr betont werden, dass es kein Nullrisiko gibt. Wir verneigen uns respektvoll vor dem japanischen Volk, das alles Menschenmögliche unternimmt, um die Katastrophen zu bewältigen.

Die FDP hat aber gar kein Verständnis für den Gau der Medien bei der Berichterstattung über die Katastrophe. Es wird hysterisch übertrieben, auf Panik gemacht und nur über die dritte Katastrophe, das Unglück im KKW, berichtet und spekuliert. Die Tausenden von Opfern - man spricht von bis zu 15'000 Toten und mehreren 100'000 Obdachlosen ohne Strom und Wasser - gehen unter "ferner liefern" unter. Wie soll sich der so verängstigte Bürger eine korrekte Meinung bilden können? Diese beängstigende Nachrichten-Lage nützen die Grünen und die SP natürlich sofort und weidlich aus. Im Oktober sind eidgenössische Wahlen. Angesichts der Katastrophen in Japan ist es respektlos von der sicheren Schweiz aus, vorschnell Schlüsse zu ziehen. Wir wissen heute noch nicht exakt, was,

wann, wie genau passiert ist und welche Schlussfolgerungen sich für uns aufdrängen. Ein direkter Vergleich der Gesamtsituation mit der Schweiz und dem Kanton Aargau ist nicht angemessen. Geradezu zynisch ist es, auf dem Buckel eines in seinen Grundfesten erschütterten Staates und Volkes populistische Wahlpropaganda zu betreiben.

Im Sinne einer sachlichen Diskussion hat die FDP Aargau letzte Woche die Sistierung des Rahmenbewilligungsverfahrens durch den Bund begrüsst. Bevor im Bereich des Kernkraftwerksunfalls in Japan und bezüglich Folgen für die Schweiz nicht mehr Klarheit herrscht, macht eine Kernenergiegrundsatzdebatte keinen Sinn. Die FDP steht nach wie vor zur Nutzung der Kernenergie. Diese Energieform hat im regulären Betrieb wenige Risiken. Nur bei unvorhersehbar hereinbrechenden Naturkatastrophen der Grössenordnung einer Jahrhundert- oder Jahrtausend-Katastrophe stellen sich heute nach den Ereignissen in Japan neue Fragen. Es gilt bei aller Tragik der Situation die hiesigen Umstände mit einzubeziehen und die Lage nüchtern zu analysieren. Mit vorschneller Diskreditierung der Kernenergie würde man der Komplexität der Situation und der Frage der Analogien nicht gerecht. Richtig sind hingegen die vom ENSI getroffenen Sofortmassnahmen zur Sicherheitsüberprüfung der KKW's und die Beschaffung von zum Beispiel unabhängig gelagerten Kühlsystemen für den Notfall.

Wir erwarten, dass eine sorgfältige Analyse dessen, was in den Kernkraftwerken Fukushima im Einzelnen geschah, weltweit in die Überprüfung und Weiterentwicklung der Sicherheitsmassnahmen neuer und bestehender Kernkraftwerke einbezogen wird. Wir erinnern auch daran, dass das eidgenössische Nuklearsicherheitsinstitut ENSI bereits vor zwei Jahren Nachbesserungen bezüglich Erdbebensicherheit bei den Rahmenbewilligungsgesuchen für den Ersatz der zwei älteren KKW's verlangt hat, obwohl die Schweiz tektonisch deutlich stabiler ist als Japan und sich als Binnenland nicht vor Tsunamis fürchten muss.

Ich möchte aber auch noch im Namen der FDP zu den vier Punkten, die der Inhalt des Antrages sind und in die Standesinitiative eingehen sollen, Stellung beziehen. Zu Punkt 1, "Alle AKW's sind möglichst schnell vom Netz zu nehmen": Die Initianten wollen, dass 40 Prozent unserer Stromproduktion abgestellt werden, dies basierend auf der Annahme, dass die Situation in der Schweiz vergleichbar ist mit jener in Japan. Ich betone, sie geben keine Auskunft, wie realistische Alternativszenarien bei einem sofortigen Ausstieg aussehen. Der ausfallende Strom wird bei diesem Szenario aus dem Ausland eingekauft werden müs-

sen. Ein Strom, der in KKW's ohne schweizerische Kontrolle und Sicherheitsstandards produziert wurde. Wir geben zudem die Klimaziele für eine Reduktion der Treibhausgase auf, da bei Stromknappheit in Europa der Strom in Gas- oder Kohlekraftwerke produziert werden muss. Ebenso sind günstige Energiepreise zentral für unsere Wirtschaft. Die Schweiz mit ihren hohen Produktionskosten lässt das Risiko zu, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Die Versorgungssicherheit ist offenbar für die Initianten auch kein Thema. Wie soll der Wohlstand ohne sichere Stromversorgung aufrecht erhalten werden? Das ist eine verantwortungslose Politik.

Die FDP unterstützt die erwähnten Sofortmassnahmen des ENSI. Wir erwarten, dass eine sachliche und breite und in die Tiefe gehende Diskussion aller Risiken stattfindet. Wir werden uns entsprechend in die Diskussion einbringen. Erst aufgrund dieser Analyse können dereinst die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Zu Punkt 2, "Die Schweiz verzichtet auf den Bau neuer Atomkraftwerke": Ohne Grosskraftwerke können wir die absehbare Stromlücke ab dem Jahre 2020 oder den Folgejahren nicht füllen. Wir sind auch über die BDP Schweiz erstaunt, die neu den Ausstieg aus der Kernenergie und dafür die Wasserkraft ausbauen will. Der heilige Sankt Florian lässt grüssen. Die Bewohner der Alpentäler dürfen das Risiko tragen, wir sind sicher. Wie steht es mit dem Landschaftsschutz? Das ist auch eine Frage, die wir hier diskutieren müssen: sichere Energieversorgung versus Landschaftsschutz bei Alternativszenarien. Der Regierungsrat hat in der Antwort zu meiner Interpellation zum Potenzial der erneuerbaren Energien deutlich festgehalten, dass zum Beispiel die Photovoltaik mit der heutigen Technologie nur 13 Prozent des heutigen Stromverbrauchs abdecken kann. Er hat auch festgehalten, dass der Aargau kein Gebiet ist, in welchem die Windenergie genutzt werden kann. Die Geothermie ist in der Schweiz noch in der Pilotphase und liefert erst in ein paar Jahren die dringend benötigte Bandenergie. Ich frage deshalb: Woher kommen die restlichen 87 Prozent des Stromes? Aus Gaskombikraftwerken? Dann verpassen wir - ich habe es erwähnt - die Klimaziele deutlich. Es gibt eine ETH-Studie, die ausgerechnet hat, dass wir in diesem Fall, also Ersatz der KKW's durch Gaskombikraftwerke, statt 20 Prozent Einsparziele zu erreichen, uns in die andere Richtung bewegen, nach oben, und zwar 15 bis 16 Prozent. Fazit: Die Stromlücke kann bei einem zusätzlichen Verzicht auf KKW's nicht bis zum Jahre 2020 und nicht umweltverträglich geschlossen werden.

Zu Punkt 3, "Die Schweiz fördert ab sofort sämtliche Möglichkeiten zur nachhalti-

gen, erneuerbaren Energiegewinnung, zur Energieeffizienz und zum Energiesparen": Eine Frage an die Ratslinke: Wieso kaufen Ihre Wähler nicht schon heute die Naturstromangebote der AEW? Die Nutzung der Perlenangebote ist marginal. Diese ist unter einem Prozent und entspricht nicht mal Ihrem Wähleranteil.

Die FDP steht für eine Anstrengung zur besseren Energieeffizienz zum Sparen ein. Wir haben Vorstösse zur steuerlichen Entlastung bei energetischen Gebäudesanierungen eingereicht. Sie wissen das, Sie haben dafür gestimmt. Wir haben einen Vorstoss zu einer ökologischen Steuerreform eingereicht. Wir reden nicht nur, sondern wir handeln auch. Wir sind für die Forschung in neue Energieformen. Diese müssen im Sinne der Nachhaltigkeit und der Ökologie vorangetrieben werden. Hier rennt der Antrag offene Türen ein. Offenbar sind die Aktivitäten eines BSI im Bereich Solarenergie den Initianten unbekannt.

Zu Punkt 4: Es ist schon sehr naiv anzunehmen, dass andere Staaten unsere radioaktiven Abfälle übernehmen wollen. Das ist auch Sankt Florians Politik und könnte das Gegenteil bewirken. Denn in der Frage der Tiefenlagerung sind wir technisch weiter als andere. Als Resultat der Verhandlung könnte sich herausstellen, dass wir dann die radioaktiven Abfälle der anderen noch übernehmen müssen. Das ist naiv. Wir sagen Nein dazu.

Die FDP lehnt aus all diesen Gründen die Standesinitiative einstimmig ab. Wir werden uns nicht in die KKW-Debatte, aber in die Energiedebatte einbringen. Die Hauptthemen sind die sichere Versorgung mit preiswerter Energie, das Erreichen der Klimaschutzziele und die Umwelt- und Landschaftsschutzfragen im Zusammenhang mit der Energieproduktion.

Kunz René, SD, Reinach: Ich möchte hier festhalten, dass ich konservativ und umweltbewusst bin und spreche mich für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie aus. Der deutsche Immunbiologe Gerhard Uhlenbruck sagt: "Erst haben die Menschen das Atom gespalten, jetzt spaltet das Atom die Menschen." Für mich stellen Kernkraftwerke - und dies nicht erst aufgrund der folgenschweren Katastrophen in Tschernobyl und Japan - ein Sicherheitsrisiko dar. Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke kann gemäss übereinstimmenden Aussagen von Fachleuten nicht 100-prozentig garantiert werden. Wenn ich diese Aussagen richtig verstanden habe, besteht also ein Restrisiko. Und dieses Risiko ist nicht minim oder unbedeutend.

Fakt ist: Ein überwiegender Teil unserer Bevölkerung hat das Vertrauen in unse-

re Kernkraftwerke verloren. Das ist nun mal eine Tatsache. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass auch der atomare Abfall von diesen Kernkraftwerken immer ein Risiko sein wird, da auch dieser strahlt und man immer noch kein Endlager gefunden hat. Je länger wir mit dem Ausstieg aus der Atomenergie warten, desto mehr Abfall wird produziert und desto schwieriger wird es sein, ein geeignetes Lager zu finden.

Ich möchte all die Befürworter der Atomenergie bitten, doch auch mir zuzuhören! Das Verheimlichen der Kernkraftverantwortlichen, wie zum Beispiel die Bevölkerung vor Gefahren wie der Störfallvorsorge bei Kernkraftwerkbetriebsunfällen gewarnt wird, ist mehr als eine Unterlassung der Verantwortlichen. Für mich ist es sogar ein verantwortungsloses Verhalten und im höchsten Masse zynisch. Jahrzehntlang wurde uns von den Kernkraftverantwortlichen und der Atomlobby vorgegaukelt, dass die allumfassende Sicherheit der Kernkraftwerke gewährleistet sei. Jetzt spricht in der Tat die gleiche Klientel von einer möglichen Abschaltung des Kernkraftwerkes Mühleberg. Haben diese Personen, welche die Verantwortung tragen, die Zeichen der Zeit endlich erkannt?

Mein Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit und den zukünftigen Generationen gewichte ich höher als kurzfristiges Gewinnstreben und Wachstum. Ich möchte die Grossrätinnen und Grossräte ermuntern, nicht nur an das Jetzt zu denken, es gibt noch ein Morgen und eine Welt nach uns. Kernkraftwerke sind für mich ein zu grosses Risiko mit unkalkulierbaren Risiken für Mensch, Natur und Umwelt.

Ich bin für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Aus diesem Grund kann ich mit gutem Gewissen dem vorliegenden Antrag zustimmen. Bei einem so bedeutenden Thema sind die Volksvertreter gut beraten, auch auf die Stimme des Volkes zu hören.

Agustoni Roland, GLP, Rheinfelden: Auch wenn ich gewisse Vorbehalte vorab beim Punkt 4 des vorliegenden Textes und der "schrittweisen Übergangszeit" habe - mein Kollege der GLP hat darauf hingewiesen -, so verbleiben doch genügend Überzeugung, dass ich dieser Standesinitiative zustimmen kann.

Der Regierungsrat stellte bekanntlich beim Büro des Grossen Rats am letzten Dienstag den Antrag auf Sistierung der zur Behandlung bereiten und traktandierten Richtplanänderungen Kernkraftwerke. Die unklare Lage in Japan und das sistierte Rahmenbewilligungsverfahren beim Bund hätten zu diesem Entscheid geführt. Damit scheint erstmals Bewegung in das sture und vorbehaltlose Fest-

halten an der Atomtechnologie aufzukommen. Dies reicht jedoch noch nicht aus. Wir müssen weitergehen und die Lehren aus den letzten Tagen ziehen. Mit dieser Standesinitiative zeigen wir unseren Willen, mehr zu tun als nur abzuwarten. Aus meiner Sicht ist schon nur ein angedachter Neu- oder gar Ersatzbau eines AKWs schon nur aus sicherheitstechnischen Gründen abzulehnen. Welche Gefahren zum Beispiel alleine von einem Erdbeben oder einem totalen Stromausfall ausgehen können und welche Folgen dies nicht nur, aber auch bezüglich eines AKW-Standortes haben kann, hat uns Japan aktuell und tragisch vor Augen geführt. Deshalb führen mich schon rein richtplanerische Überlegungen dazu, dass ein möglicher neuer Standort - egal, wo in der Schweiz - mitten im dicht besiedelten Wohn- und Wirtschaftsraum mehr als nur ungeeignet ist. Ich stehe klar für eine nachhaltige Energiegewinnung ein. Atomkraftwerke sind jedoch keine zukunftsweisende Energieform. Denn die schrecklichen Fernsehbilder der letzten Tage sollten uns doch eigentlich Warnung genug sein. Diese vielen Gefahrenrisiken und ungelöste Entsorgungsproblematik sind weitere Gründe, welche einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie zwingend erfordern. Mühleberg muss sofort vom Netz und die anderen müssen, wie gesagt, geordnet folgen. In Japan, dem Land mit den sichersten Atomkraftwerken der Welt, geschah das, was die bürgerlichen Parteien hier in unserer Schweiz als unmöglich bezeichneten. Und ihr ewiges Verniedlichen eines möglichen eventuellen kleinen Restrisikos, wie es Bernhard Scholl wieder erwähnt hat, "dass man halt nie ganz ausschliessen könne, es aber mehr als unwahrscheinlich sei", macht mich mehr als nur wütend. Ich habe die Auswirkungen dieses kleinen Restrisikos nun mit eigenen Augen am Bildschirm mitverfolgen können. Ich sage Ihnen, dieses Risiko will ich nicht tragen. Unser Machbarkeits- und unser ungefilterter Technologiewahn haben uns wieder einmal schonungslos und deutlich die Grenzen sogar im Hightech-Land Japan aufgezeigt.

Wie viele Warnungen brauchen wir noch? Wo bleibt die Verantwortung gegenüber unseren Grosskindern? Und zum Einwand, dass wir uns eine Energiewende, wie ich sie mir vorstelle, gar nicht leisten können, nur so viel: Wir haben Millionen in die Rettung der Swiss und Milliarden in die Rettung der UBS gesteckt, wir können also auch Milliarden in eine sichere, wenn auch zugegeben teurere Energiezukunft für uns alle investieren. Es ist alles eine Frage des politischen Willens. Dürfen wir überhaupt als Politikerinnen und Politiker etwas beschliessen, deren Auswirkungen unsere Enkel nicht mehr korrigieren können? Unsere Um-

welt braucht uns nicht, wir aber unsere Umwelt. Wehren wir uns für sie und erhalten wir so unsere Lebensgrundlage auch für unsere Nachkommen. Setzen wir gerade aus dem Atom-Kanton Aargau ein Zeichen und überweisen Sie diese Standesinitiative mittels Direktbeschluss.

Köchli Martin, Grüne, Boswil: "Wer im Kampfe gesiegt, der stehe da wie zur Leichenfeier." Diesen Spruch von Laotse, dem chinesischen Denker, möchte ich vorgeben. Er steht im Buch "Zärtlichkeit und Schmerz" von Kurt Marti.

Ich glaube nicht und weise es auch in aller Form zurück - unsere Fraktionspräsidentin hat dies auch bereits getan -, dass die Linken und Grünen, wie wir immer gesammelt begriffen werden, irgendwelche populistischen Profite aus dieser tragischen Debatte schlagen wollen. Ich führe drei Punkte an:

1. Diese Technologie passt nicht in eine fehlerbehaftete Welt. Sie passt nicht zu fehlerbehafteten Menschen. Sie wäre eigentlich nur denkbar in einer fehlerfreien Welt, mit fehlerfreien Menschen. Wenn eine Technologie solche Fehler, ob es nun kleine oder grobe, ob es Schlampigkeiten oder Erdbeben und Tsunamis sind, nicht verzeiht und den Erwartungsrahmen bei Weitem sprengt, dann ist sie nicht für diese Welt geeignet. Dann müssen wir andere Möglichkeiten anschauen.

Ich möchte noch auf eine Risiko hinweisen, das näher greifbar ist und nicht so hypothetisch wie ein Atomunfall in der Schweiz: Technologien haben ja immer auch die Aufgabe wirtschaftliche und gesellschaftliche Situationen zu verbessern. Wenn eine Technologie die Situation nur bei uns verbessert und nicht da, wo es viel dringender nötig wäre, dann ist diese Technologie auch zu hinterfragen. Wir können ja nicht Atomkraftwerke in instabilen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen installieren. Das habe ich hier schon einmal gesagt: Schon beim Iran und Nordkorea wird es uns mulmig.

Ich spreche auch die Geldflüsse an. Wenn wir all das Geld, das wir jetzt in die Atomtechnologie, in die Sicherheit und die Fortentwicklung stecken, in Technologien stecken würden, die eben in einem weiteren Sinn globalisierungsfähig sind, also auch sozial gedacht, dann leben wir eine Solidarität, die zukunftsweisend ist. Eine Solidarität, die die ganzen Reservoirs von Migrationsströmen und von Terroristen - ich nenne es beim Namen - austrocknen würde. Ich hatte dazu Anschauungsunterricht, während fünf Jahren und habe gesehen, wo diese Leute

rekrutiert werden. Sie werden in den misslichsten sozialen Umgebungen rekrutiert. Da müssen wir ganz gehörig ansetzen. Da können wir auch Risiken eliminieren. Es ist ja fast tragisch-komisch, denn das Ganze geht ja damit einher, dass in dem Mass wo Leute Hunger leiden, auch Energiehunger, bei uns Tragbahnen verstärkt und vergrössert werden müssen und Türen verbreitert. Es ist fast beschämend zu sagen, aber Krematorien müssen angepasst werden, damit wir dort den übergewichtigen Leuten auch Platz verschaffen können. Setzen wir doch auch da an und bringen das Wort "Verzicht" wieder in die politische Debatte. Natürlich darf man es aber nicht so bringen, denn die Wiederwahl ist sicher weg, wenn man das Wort "Verzicht" in den Mund nimmt. Ich nenne es heute folgendermassen: Eine Souveränität nicht alles nötig zu haben. Wenn wir hier die Rechnung anstellen, dann kommen wir eben sehr schnell zu den 40 Prozent Energielieferung, die die Atomkraftwerke - ich nenne sie so - darstellen.

Guhl Bernhard, BDP, Niederrohrdorf: Es ist sehr tragisch, was das Erdbeben und der darauffolgende Tsunami in Japan angerichtet haben. Tausende Menschen sind an den Folgen des Tsunamis gestorben und Zehntausende werden vermisst und haben vermutlich auch nicht überlebt. Dass der Tsunami am Kernkraftwerk Fukushima grosse Schäden angerichtet hat, ist nicht wegzudiskutieren. Wir haben Achtung vor all den Technikern vor Ort, die daran sind diese Schäden zu beheben, um Schlimmeres zu verhindern.

Als unangebracht erachten wir es jedoch, wenn nun Parteien im Kanton Aargau diese Situation ausnützen wollen, um politisch Profit zu schlagen. Genau unter diese Rubrik ordnen wir diesen Antrag auf Direktbeschluss ein. Es ist keine Frage, dass aus dem Unglück Schlüsse gezogen werden müssen. Aber Schnellschüsse gilt es zu vermeiden!

Ein Schnellschuss wäre es, alle AKWs möglichst schnell vom Netz zu nehmen. Was heisst "möglichst" schnell? Eine derart unpräzise Forderung kann nicht umgesetzt werden. Eine Forderung nach Zusammenarbeit mit anderen Staaten bei der Suche nach Endlagern, widerspricht der Vorgabe, dass die radioaktiven Abfälle in der Schweiz gelagert werden müssen.

Zudem ist es nicht so, dass Bundesbern auf einen solchen Antrag wartet. Wir dürfen davon ausgehend, dass die Verantwortlichen - und Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat bereits reagiert und die Gesuche sistiert -, ihre Aufgaben schon selbst wahrnehmen. Auch das ENSI hat bereits gehandelt. Aus diesen

Gründen lehnt die BDP diesen Antrag auf Direktbeschluss ab.

Glärner Andreas A., SVP, Oberwil-Lieli: Eine Vorbemerkung: Das Leid in Japan wird hier schamlos missbraucht für politische Propaganda. Ich will nicht auf das zuvor Gesagte eintreten, aber zählen Sie mit mir einmal da drüben die Notebooks, die im Moment am Strom hängen: Es sind 23 Stück. Gewisse Personen haben sie verschämt zugeklappt, als sie gesehen haben, wie wir zu zählen begannen. Vermutlich darf ich davon ausgehen, dass es mindestens ebenso viele Handys sind, die da drüben betrieben und heute Abend vermutlich sogar aufgeladen werden - mit welchem Strom ist uns allen klar. Er kommt ja aus der Steckdose!

Originell ist, je grüner und röter es wird, umso mehr Geräte hat es. Zuerst - er hat ihn gerade zugeklappt - sind es sogar alle 5 Personen, die solche stromfressenden Geräte betreiben.

Liebe Grüne, Rote und Alternative und was Sie sonst noch alles sind, treten Sie doch den Tatbeweis an und stellen Sie zumindest Ihre Notebooks ab!

Egli Dieter, SP, Windisch: Eine Vorbemerkung: Ich habe das, was ich jetzt sage, auf Papier geschrieben und nicht im Notebook notiert. Es geht auch mit Papier, da haben Sie recht Andreas Glärner.

Heute Morgen habe ich gehört, es gibt möglicherweise neue Fakten. Offenbar gibt es neue Fakten zu den Ereignissen in Japan. Ich habe gehört, man muss gesicherte Erkenntnisse abwarten. Ich habe gehört, man muss analysieren. Was wollen Sie noch analysieren? Welche Fakten wollen Sie noch abwarten? Die Fakten liegen doch seit letzter Woche auf dem Tisch. Sie liegen seit Japan auf dem Tisch.

1. Fakt: Das Risiko, welches Sie so gerne "Restrisiko" nennen, das existiert, das heisst: Unfälle geschehen. Sie geschehen wegen Fehlverhalten. Mein Vorredner von der SVP hat es gesagt: Fehlverhalten ist menschlich, also passieren auch Unfälle.

2. Fakt: Wenn ein solcher Unfall in einem AKW passiert, dann ist er eben fatal. Dann ist es nicht irgendein Unfall. Es ist jetzt müssig, darüber zu diskutieren wie schwer diese Katastrophe in Japan wirklich letztlich sein wird und wir den vollständigen Überblick haben - in zwei Wochen oder in 25 Jahren meinetwegen.

Es ist doch klar, die Katastrophe ist schon passiert. Das Katastrophale ist pas-

sirt und zwar das, was eben gar nicht hätte passieren dürfen: Es ist Radioaktivität ausgetreten! Das Katastrophale an der Sache ist, dass wir es hier mit einer Technologie zu tun haben, - das ist ja jetzt wohl bewiesen worden -, die wir eben nie werden wirklich kontrollieren können. Das ist das Problem, welches wir haben.

Wenn man uns jetzt Populismus vorwirft, dann ist dieser Vorwurf absolut unangebracht und absolut unfair.

Erstens stellen wir diese Forderung, die wir heute stellen, nicht erst heute. Diese Forderung stellen wir schon seit Jahren. Ich könnte Ihnen eine lange Liste von Vorstössen sagen, wo wir diese Forderung stellen und auch Alternativen präsentiert haben. Dass wir heute mit dieser Forderung kommen, hat nichts mit Populismus zu tun. Es hat damit zu tun, dass die öffentliche Wahrnehmung jetzt bei diesem Thema ist und wir diese Forderung stellen können, ohne dass wir von den Bürgerlichen ins Lächerliche gezogen werden und ohne dass Sie einfach auf die Vergesslichkeit der Menschen setzen können.

Zweitens verlangen wir nicht den Ausstieg von heute auf morgen. Wir verlangen den schnellstmöglichen Ausstieg. Das würde heissen: Erstens hätte jetzt die Kommission die Möglichkeit zu sagen, wie wir uns diesen schnellstmöglichen Ausstieg vorstellen; zweitens ist es klar, dass bei diesem schnellstmögliche Ausstieg wirtschaftliche Faktoren und Sicherheitsfaktoren abgewogen werden müssen. Wir verlangen also nicht, dass wir morgen alles abschalten und morgen keinen Strom mehr brauchen dürfen. Das stimmt einfach nicht.

Zu den wirtschaftlichen Aspekten: Wenn wir über die wirtschaftliche Aspekte der Atomenergie sprechen, dann müssen wir eben auch das wirtschaftliche Risiko ansprechen. Stellen Sie sich doch einmal einen Gau im Kanton Aargau vor und was das für die Schweizer Volkswirtschaft für Folgen hätte: Diese Volkswirtschaft würde am Boden liegen. Bei einem Evakuierungsradius von 30 Kilometern wäre es noch das kleinere Übel, dass es den Kanton Aargau volkswirtschaftlich nicht mehr gäbe, nein, denn es gäbe ihn überhaupt nicht mehr. Davor haben wir Angst und ich bitte, das wirklich zu respektieren.

Zudem ist der Ausstieg aus der Atomenergie wirklich auch ein wirtschaftliches Thema. Wenn wir in den letzten 30 oder 50 Jahren alle Mittel, die wir in die Erforschung der Atomenergie investiert haben, in die Forschung der erneuerbarer

Energien investiert hätten, dann würden wir uns heute vollständig mit erneuerbaren Energien versorgen. Also vertrauen Sie doch auf die Wirtschaft - es ist schön, dass ich das Ihnen sagen darf. Vertrauen Sie auf die Wirtschaft. In dem Moment, wo wir aus der Atomenergie aussteigen, wird die Wirtschaft den Rest regeln. Sie wird nämlich dann die erneuerbaren Energien fördern. Ich bitte Sie, auch das zu beachten und jetzt hier in diesem Parlament ein Zeichen zu setzen. Sollten Sie das als Parlament nicht tun, dann machen wir von der SP eine Petition. Wir machen eine Online-Petition. Ich gebe zu, dafür braucht man einen Computer. Wir haben aber auch Papier hier, wo man unterschreiben kann. Dann setzen wir nicht mehr auf das Parlament, sondern dann werden wir auf das Volk setzen. Wir sind überzeugt, dass uns das Volk in dieser Frage - im Gegensatz zum Grossen Rat - unterstützt.

Frunz Eugen, SVP, Obersiggenthal: Hier drin wurde von Fakten gesprochen. Es wurde von Tatsachen gesprochen, die uns letzte Woche leider massiv erreicht haben. Das ist so.

Aber, wenn man jetzt von Fakten sprechen will, dann muss man auch die politische Bewegung, die momentan in halb Europa oder in der halben Welt, der westlichen Welt abgeht, mitnehmen und schauen. Betrachten wir all die Versprechen, die da kommen: Ausstieg, Sofortabschaltung, kein Problem die AKWs oder KKWs zu ersetzen usw.

Wenn nur halb so viel abgeschaltet, wie tatsächlich versprochen wird, dann stehen wir vor einem Dilemma. Ich spreche nicht von der Wirtschaft, sondern vom Alltag der betroffenen Leute, die dann eben mit Kerzenlicht und Co. zurechtkommen müssen.

Um Fakten letztlich beurteilen zu können, muss man eine Analyse machen. Das machen wir bei jedem kleineren Ereignis. Wir überlegen bei jedem erlebten Ereignis, was hat dazu geführt und was sind die Grundlagen und Konsequenzen, die herauszuziehen sind.

Hier und jetzt wird im Schnellverfahren der Kanton Aargau dazu angeregt, aus der Atom- oder Kernenergie auszusteigen. Wir haben eine Energiepolitik eingeleitet - auch im Aargau - und wollen das auch umsetzen. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir den Ausstieg oder den Umbau machen können und dafür setzen wir vor allem mehr elektrische Energie ein. Heute sagen wir, es war alles nichts. Wir gehen wieder in Richtung Kohlenwasserstoffe und Umweltschleudern; es spielt ja keine Rolle, also bleiben wir in der gleichen Ecke, wo wir

heute sind.

Wenn wir uns in der Energiepolitik tatsächlich verändern wollen, dann müssen wir das mit dem Verstand, den ich Ihnen allen hier heute zugestehe, tun. Dann müssen wir eine Analyse machen und die muss vorliegen und dann sanieren wir unsere zukünftige Energiepolitik in der Schweiz. Hier will ich nicht, dass der Aargau voranschreitet und sagt: Jetzt ist die Kernenergie ausgeschlossen. Das kann "noch" nicht sein.

Dr. Stüssi-Lauterburg Jürg, SVP, Windisch: Zu Dieter Egli: Fakten - auch ich sage es wie Eugen Frunz - Fakten. Gewiss, es kommen Erdbeben vor. Gregor Biffiger und ich haben immer wieder daran erinnert und unsere Haltung ist von links bis rechts als skurril belächelt worden. Heute sind nun Erdbeben leider sehr im allgemeinen Bewusstsein. Gut, sprechen wir von Erdbeben, sprechen wir von Erdbebenschutz. Aber sprechen wir von einem an den realen Verhältnissen orientierten Erdbebenschutz und nicht von einer für die Schweiz unrealistischen Erdbebenstärke 9.

Noch eine Kleinigkeit: Was verlangen Sie? Ich lese: "Alle AKWs sind möglichst schnell vom Netz zu nehmen." Also wenn Sie das nicht wollen, dann ändern Sie bitte den Wortlaut ab. Das können Sie bei einem Auftrag. Wenn Sie es aber wollen, dann interpretieren Sie es doch nicht weg, sondern stehen Sie in Gottes Namen zu Ihrem eigenen Wort.

Vorsitzende: Zu Dr. Jürg Stüssi: Es ist kein "Auftrag", sondern ein "Antrag" auf Direktbeschluss. Wenn wir diesen Antrag überweisen, dann wird er einer Kommission zugewiesen, die kann den Text immer noch anderweitig formulieren. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Das Wort hat der Herr Landammann.

Beyeler Peter C., Landammann, FDP: Der Regierungsrat ist sehr besorgt über die Entwicklungen bei den KKW in Fukushima/Japan. Er sorgt sich, insbesondere weil die Ereignisse nur schwer unter Kontrolle gehalten werden können. Der Regierungsrat nimmt zugleich Kenntnis von den schnellen Reaktionen verschiedenster Parteien und Meinungsträgern der Schweiz, obwohl noch keine gesicherten Fakten vorliegen. Aus Sicht des Regierungsrats braucht es gerade bei schweren Ereignissen wie denen in Fukushima Besonnenheit und überlegtes

Handeln aufgrund von klaren Sachverhalten. Davon ist im öffentlichen Diskurs wenig zu erkennen.

Der Regierungsrat stellt fest, dass der Sachverhalt in Fukushima nach wie vor unklar ist. Er verlangt daher von den zuständigen Bundesbehörden, dass der Sachverhalt in den KKW's in Fukushima klargelegt und diese bezüglich der Auftretensmöglichkeiten in Schweizer Kernkraftwerken bewertet wird. Eine simple Übertragung der Ereignisse in Fukushima auf die KKW's in der Schweiz, hält er gemäss derzeitigem Kenntnisstand für nicht vertretbar. Dass nach den Ereignissen in Fukushima die Zukunft der friedlichen Nutzung der Kernenergie überprüft werden muss, unterstützt der Regierungsrat. Er unterstützt darum auch den Entscheid des Bundesrates, die Gesuche um den Ersatz der älteren KKW's zu sistieren. Für den Regierungsrat gilt denn auch die Sicherheit der Bevölkerung als oberste Leitlinie. Der Regierungsrat erwartet, dass keine Schnellschüsse losgelöst werden, was die Zukunft der Kernenergie wie auch der ganzen Energiepolitik in der Schweiz betrifft. Es ist daran zu erinnern: Die Schweiz verbraucht heute mehr als 40 Prozent Strom aus KKW's und im Versorgungsgebiet der Nordostschweiz liegt der Anteil sogar noch wesentlich höher. Ein schneller Verzicht auf die Kernenergie gefährdet die sichere Stromversorgung massiv, insbesondere dann, wenn vom Ausland nur beschränkt oder gar kein Strom importiert werden kann. Der Regierungsrat erwartet daher, dass vor schnellen Entscheiden, die Stromversorgungsstrategie der Schweiz und des Kantons Aargau gründlich analysiert und erst aufgrund von wissenschaftlich abgesicherten Strategien über die künftige Energieversorgung entschieden wird. Der Regierungsrat anerkennt, dass die Ereignisse in Japan Angst auslösen können. Er ist klar der Meinung, dass in der Schweiz ein überlegtes Vorgehen basierend auf klaren Grundlagen erforderlich ist.

Eine Standesinitiative des Kantons Aargau für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Kernenergie kann damit erst dann seriös behandelt werden, wenn diese Fakten wirklich auch vorliegen. Zu viele Fakten sind derzeit aber noch nicht bekannt. Es sind vorab die Bundesbehörden in die Pflicht zu nehmen. Liegen die Fakten vor, kann die Diskussion dann geführt werden. Der Regierungsrat empfiehlt daher dem Grossen Rat, die Standesinitiative abzulehnen.

Vorsitzende: Wir stimmen gemäss § 76, Absatz 1 der GO ab, ob wir den Antrag auf Direktbeschluss erheblich erklären.

Abstimmung

Der Antrag auf Direktbeschluss wird mit 82 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist erledigt.

1178 Spitalfinanzierung; Festlegung des Finanzierungsanteils für das Jahr 2012; Beschlussfassung

(Vorlage des Regierungsrats vom 26. Januar 2011)

Roth Barbara, SP, Erlinsbach, Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW): Die Kommission GSW hat das Geschäft: Spitalfinanzierung; Festlegung des Finanzierungsanteils für das Jahr 2012 an ihrer Sitzung vom 22. Februar 2011, im Beisein von Frau Regierungsrätin Susanne Hochuli, Herr Mark Burkhard, Generalsekretär DGS, Herr Dr. Robert Rhiner, Leiter Abteilung Gesundheitsversorgung und Frau Lis Lüthi, Mitarbeiterin der Abteilung Gesundheitsversorgung, beraten.

Mit der Einführung der gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung vorgeschriebenen neuen Spitalfinanzierung werden bekanntlich die Finanzierung der stationären Behandlung im Akutbereich sowie die medizinische Rehabilitation ab 1. Januar 2012 anteilmässig durch die Versicherer und die Kantone erfolgen. Das bedeutet, dass sich die Kantone künftig auch an den Kosten für stationären Behandlungen in privaten Kliniken sowie an den Kosten für nicht medizinisch indizierte ausserkantonalen Hospitalisationen beteiligen müssen - was zu markanten Mehrkosten führen wird.

Der Kantonsanteil beträgt grundsätzlich mindestens 55 Prozent. Kantone wie der Aargau, bei denen zum Einführungszeitpunkt der neuen Spitalfinanzierung die Krankenkassenversicherungsprämie für Erwachsene unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt – im Jahr 2011 liegt diese im Kanton Aargau gut 6 Prozent unter diesem schweizerischen Durchschnitt - können von einer fünfjährigen Übergangsregelung profitieren. Sie können den Vergütungsanteil zwischen 45 und 55 Prozent festlegen. Die jährliche Erhöhung darf maximal 2 Prozent betragen.

Ziel der genannten Übergangsbestimmung ist es, Budgetsprünge bei den Kantonen mit einem bisherigen Finanzierungsanteil unter 55 Prozent zu verringern. Mit dem Beschluss, dass die Kantonsbeiträge im Zeitraum von 2012 bis 2017 nur in Schritten von maximal 2 Prozentpunkten angepasst werden dürfen, soll eine mögliche Prämiedynamik vermieden werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich das System nach Ablauf der Übergangsfrist eingependelt haben wird und keine wesentlichen Sprünge mehr zu erwarten sind. Auf den 31. März 2011